

Nierhaus, Wolfgang

Article

Deutschlandprognose 2011/2012: Aufschwung kommt langsamer voran

ifo Dresden berichtet

Provided in Cooperation with:

Ifo Institute – Leibniz Institute for Economic Research at the University of Munich

Suggested Citation: Nierhaus, Wolfgang (2011) : Deutschlandprognose 2011/2012: Aufschwung kommt langsamer voran, ifo Dresden berichtet, ISSN 0945-5922, ifo Institut, Niederlassung Dresden, Dresden, Vol. 18, Iss. 4, pp. 3-11

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/169960>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Deutschlandprognose 2011/2012: Aufschwung kommt langsamer voran¹

Zusammengefasst von Wolfgang Nierhaus*

Weltwirtschaftliches Umfeld

Die Weltwirtschaft ist recht dynamisch in das laufende Jahr gestartet. Im zweiten Quartal dürfte sich die globale Konjunktur aber abgeschwächt haben. Der vom IFO INSTITUT erhobene Indikator für das Weltwirtschaftsklima ist zwar weiter gestiegen, aber nur noch leicht. Nach Ländern und Regionen differenziert ist die Entwicklung weiter recht unterschiedlich. Während die Expansion in den Schwellenländern, trotz einer gewissen Abschwächung seit dem zweiten Quartal 2010, nach wie vor überdurchschnittlich stark ist, entfalten die fortgeschrittenen Volkswirtschaften eine viel geringere Dynamik und durchlaufen zumeist eine eher schleppende Erholung.

Seit dem Frühjahr 2011 steht die Weltwirtschaft auch unter dem Einfluss zweier Sonderfaktoren – des Erdbebens und der nuklearen Katastrophe in Japan sowie der politischen Umbrüche in Nordafrika und dem Nahen Osten. Die Naturkatastrophe in Japan vernichtete einen Großteil des öffentlichen und privaten Kapitalstocks in den betroffenen Gebieten und löste erhebliche Produktionsausfälle aus. Daher brach die Wirtschaftsleistung Japans im ersten Quartal stark ein. Gleichwohl dürften die Auswirkungen auf die Konjunktur der übrigen Welt begrenzt und nur von kurzer Dauer sein. Die Unruhen im arabischen Raum sind in konjunktureller Hinsicht insbesondere deshalb von Bedeutung, weil sie sich negativ auf die Versorgung der Weltwirtschaft mit Erdöl auswirken könnten.

Im Prognosezeitraum dürfte sich die weltwirtschaftliche Erholung zwar fortsetzen, sie wird aber voraussichtlich moderat an Tempo verlieren. In den Schwellenländern wird die Wirtschaftspolitik den Restriktionsgrad erhöhen, um den Inflationsdruck sowie die Gefahr einer Überhitzung zu reduzieren. In den Industrieländern werden die notwendigen Konsolidierungsbemühungen des privaten und öffentlichen Sektors die wirtschaftliche Expansion verlangsamen. Dies gilt besonders für die Länder der europäischen Peripherie. Insgesamt dürfte die Dynamik in den aufholenden Volkswirtschaften weiter deutlich über der in den Industrieländern liegen. Alles in allem wird die Weltproduktion in diesem und im kommenden Jahr voraussichtlich um jeweils 4,2 % zulegen.

Im Euroraum dürfte sich die Erholung der Wirtschaft mit moderaten Zuwachsraten fortsetzen. Trotz öffentlicher Sparanstrengungen ist damit zu rechnen, dass sich das

Expansionstempo im Verlauf des kommenden Jahres leicht beschleunigt. Maßgeblich dafür wird voraussichtlich vor allem die Binnennachfrage sein. So dürften die privaten Investitionen von vorteilhaften Refinanzierungsbedingungen, der günstigen Gewinnsituation und einer zunehmenden Kapazitätsauslastung profitieren, während die zunehmende Verbesserung der Arbeitsmarktsituation in mehreren Kernländern der Währungsunion die Erholung des privaten Konsums befördern wird. Alles in allem ist damit zu rechnen, dass das Bruttoinlandsprodukt im Euroraum in 2011 um 2,0 % und in 2012 um 1,8 % zulegen wird. Allerdings dürften die Unterschiede zwischen den Ländern des Euroraums erheblich bleiben.

Ausblick Deutschland

In Deutschland hat sich der Aufschwung im vergangenen Winterhalbjahr mit hohem Tempo fortgesetzt. Die gesamtwirtschaftliche Produktion hat in diesem Zeitraum saisonbereinigt um 1,9 % zugenommen. Zwar ist die Wirtschaftsleistung im vierten Quartal 2010 nur um 0,4 % gestiegen. Dies war im Wesentlichen aber nur die Folge einer saisonunüblich kalten und schneereichen Witterung. Nach der Jahreswende sind die wetterbedingten Ausfälle insbesondere beim Bau und im Verkehrswesen zügig und in vollem Umfang nachgeholt worden.

Der massive Produktionseinbruch aufgrund der zurückliegenden Finanz- und Wirtschaftskrise ist inzwischen wettgemacht worden. Der IFO Geschäftsklimaindikator übertrifft seit einem Dreivierteljahr sogar die Spitzenwerte der Boomjahre 2006/07. Im industriellen Kern liegt die Kapazitätsauslastung mit 86 % deutlich über dem langjährigen Durchschnitt. Im Gefolge der starken Konjunktur hat sich der Preisauftrieb merklich beschleunigt; die Verbraucherpreise lagen im Juni um durchschnittlich 2,3 % höher als ein Jahr zuvor. Zwar wurde die Teuerung maßgeblich durch die gestiegenen Rohstoffpreise bestimmt, aber auch die Kerninflation hat in den vergangenen Monaten allmählich zugelegt und liegt – in der Abgrenzung des IFO INSTITUTS – mittlerweile bei 1,6 %, nachdem sie im Durchschnitt des Vorjahres nur 0,7 % betragen hatte.

* Dr. Wolfgang Nierhaus ist als wissenschaftlicher Referent am IFO Institut für Wirtschaftsforschung München tätig.

Im zweiten Quartal 2011 dürfte das hohe Produktionsniveau des ersten Quartals deutlich weniger schnell ausgebaut worden sein als zuvor. Für das zweite Halbjahr 2011 deuten die ifo Geschäftserwartungen darauf hin, dass die seit Anfang 2010 hohe durchschnittliche Dynamik nicht ganz gehalten werden kann. Die positive konjunkturelle Grundtendenz besteht jedoch fort. Sie wird getragen von weiterhin sehr günstigen Finanzierungsbedingungen, steigender Beschäftigung und robuster Auslandsnachfrage. Insgesamt ergibt sich für 2011 ein Anstieg des Bruttoinlandsprodukts um 3,3 % bei einem 67-%-Unsicherheitsintervall von 2,7 % bis 3,9 %.

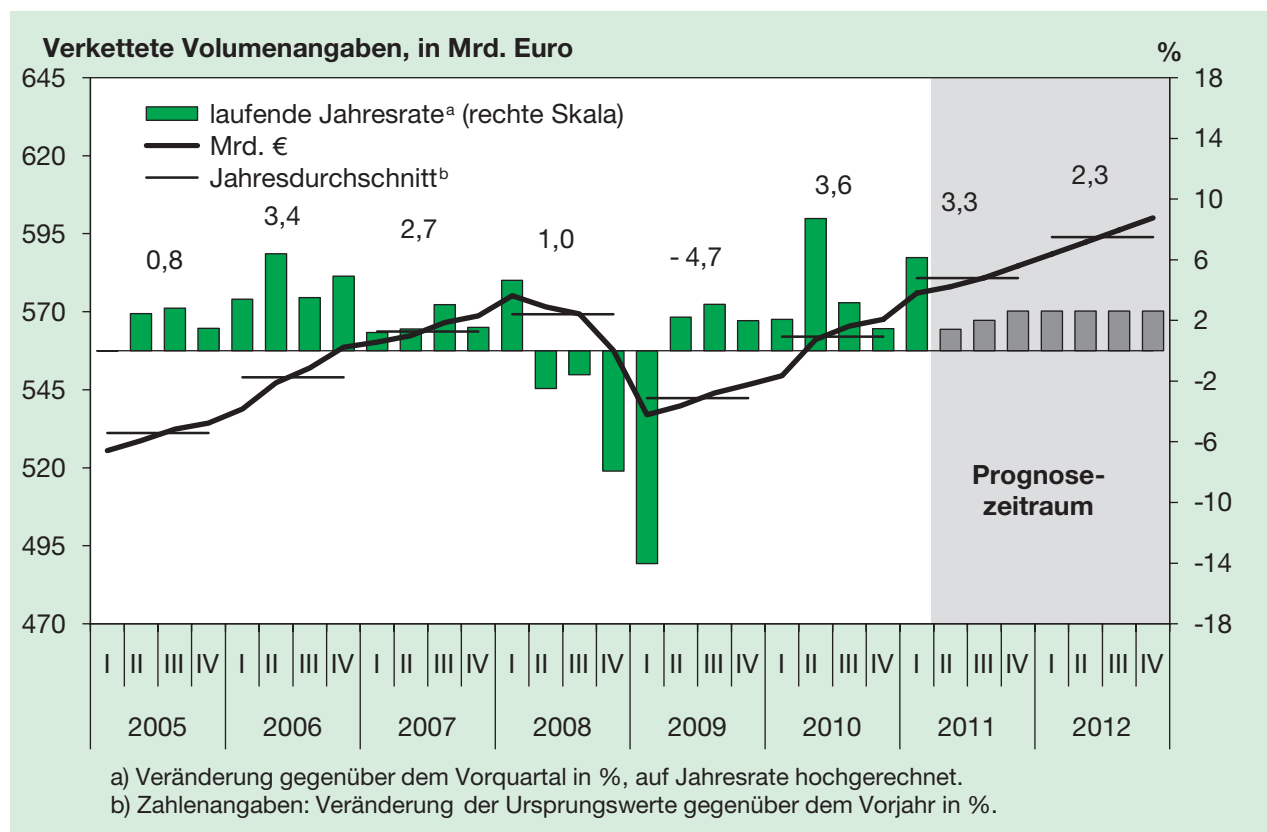
Im kommenden Jahr dürfte die Konjunktur in etwa das Tempo beibehalten, mit dem sie das Jahr 2011 beendet. Sie bleibt damit klar aufwärts gerichtet. Zwar ist zu erwarten, dass die EUROPÄISCHE ZENTRALBANK (EZB) ihre Zinsen bis dahin leicht angehoben hat und die Weltwirtschaft – gewichtet mit den deutschen Exportanteilen – geringfügig an Fahrt verlieren wird, weshalb sich die Investitionsdynamik im Jahresverlauf etwas normalisieren dürfte. Dafür dürften die privaten Konsumausgaben, befördert durch steigende Löhne und die zunehmende Arbeitsplatzsicherheit, allmählich an Fahrt gewinnen. Insgesamt wird das reale Bruttoinlandsprodukt voraussicht-

lich um 2,3 % expandieren (vgl. Abb. 1). Bei alledem dürfte die Erwerbstätigkeit weiter zunehmen; im Jahresdurchschnitt 2011 ist ein Anstieg um 490.000 Personen zu erwarten. Im kommenden Jahr dürfte die Erwerbstätigkeit um 315.000 Personen zunehmen. Aufgrund eines steigenden Arbeitsangebots dürfte die Zahl der Arbeitslosen nicht im gleichen Ausmaß sinken. In 2011 wird eine Reduktion um 295.000 und in 2012 um 260.000 erwartet.

Die sich weiter öffnende Outputlücke wird die Kerninflation allmählich nach oben treiben. Da aber die Rohstoffpreise annahmegemäß konstant gehalten werden und damit in 2012 nicht mehr zur Inflation beitragen, ergibt sich für die Verbraucherpreise insgesamt ein Anstieg um 2,4 % im laufenden Jahr und nur um 2,1 % im nächsten Jahr.

Das gesamtstaatliche Budgetdefizit dürfte infolge der guten Konjunktur und der Konsolidierungsbemühungen von 82 Mrd. € im vergangenen Jahr auf knapp 38 Mrd. € in diesem Jahr sinken. Für das Jahr 2012 ist sogar mit einem nahezu ausgeglichenen Haushalt zu rechnen. In Relation zum Bruttoinlandsprodukt wird sich das Defizit 2011 auf 1,5 % belaufen, im kommenden Jahr voraussichtlich auf 0,2 % (vgl. Tab. 1).

Abbildung 1: Bruttoinlandsprodukt in Deutschland (preisbereinigt, saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf)



Quellen: Statistisches Bundesamt, Berechnungen und Schätzungen des ifo Instituts.

Die Prognose im Detail:

Deutsche Exporte weiter im Aufwind

Nachdem der Außenhandel im zweiten Halbjahr 2010 mit ruhigerem Tempo expandierte, zog er im ersten Quartal 2011 mit 2,3 % wieder stärker an. Die Ausfuhren in die asiatischen Schwellenländer nahmen im vergangenen Winterhalbjahr leicht ab, ein Kontrast zu den starken Zuwächsen in den zwei Halbjahren davor. Ausgenommen

davon bleibt China, das weiterhin an Bedeutung für den deutschen Güterexport gewinnt. Die Aufwertung des Euro gegenüber dem US-Dollar seit Juni 2010 führte dazu, dass die Lieferungen in die USA nur geringfügig zunahmen. Dagegen expandierten die Warenausfuhren in die Länder der EUROPÄISCHEN WÄHRUNGSGEMEINSCHAFT mit ordentlichen Raten von 4,5 %, vor allem Frankreich und Italien trugen überdurchschnittlich zum Zuwachs bei. Wie schon in den Halbjahren zuvor kamen auch aus dem osteuropäischen Raum Impulse, insbesondere aus Tschechien und Polen.

Tabelle 1: Eckdaten der Prognose für die Bundesrepublik Deutschland

	2009	2010	2011 ¹	2012 ¹
Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr ^a				
Private Konsumausgaben	-0,2	0,5	1,6	1,3
Konsumausgaben des Staates	2,9	1,9	2,1	1,2
Bruttoanlageinvestitionen	-10,1	6,0	7,8	5,0
Ausrüstungen	-22,6	10,9	14,9	8,8
Bauten	-1,5	2,8	3,1	2,1
Sonstige Anlagen	5,6	6,4	6,7	6,5
Inländische Verwendung	-1,9	2,4	2,1	2,2
Exporte	-14,3	14,7	9,1	6,6
Importe	-9,4	13,0	6,9	6,9
Bruttoinlandsprodukt (BIP)	-4,7	3,6	3,3	2,3
Erwerbstätige ^b (1.000 Personen)	40.271	40.490	40.980	41.295
Arbeitslose (1.000 Personen)	3.415	3.238	2.944	2.683
Arbeitslosenquote BA ^c (in %)	8,1	7,7	7,0	6,4
Verbraucherpreise ^d (Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr)	0,4	1,1	2,4	2,1
Finanzierungssaldo des Staates ^e				
in Mrd. €	-72,7	-82,0	-37,8	-5,0
in % des Bruttoinlandsprodukts	-3,0	-3,3	-1,5	-0,2
<i>Nachrichtlich:</i>				
Reales Bruttoinlandsprodukt im Euroraum (Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr)	-4,2	1,7	2,0	1,8
Verbraucherpreisindex im Euroraum ^f (Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr)	0,3	1,6	2,7	1,7
1) Prognose des ifo Instituts. – a) Preisbereinigte Angaben. – b) Inlandskonzept. – c) Arbeitslose in % der zivilen Erwerbspersonen (Definition gemäß BUNDESAGENTUR FÜR ARBEIT). – d) Verbraucherpreisindex (2005=100). – e) In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (ESVG 95). – f) HVPI-EWU (2005=100).				

Quellen: Eurostat, Statistisches Bundesamt, Bundesagentur für Arbeit; 2011 und 2012: Prognose des ifo Instituts.

Ein Großteil der Indikatoren für den Außenhandel weist auf ein gutes zweites Quartal 2011 hin. Die ifo Exporterwartungen im Verarbeitenden Gewerbe liegen seit einem Jahr auf einem recht hohen Wert. Die Auftragseingänge aus dem Ausland für Investitions- und Konsumgüter stiegen im April deutlich an, sind im Trend allerdings nicht mehr eindeutig aufwärts gerichtet. Aufgrund des insgesamt recht positiven Umfelds ist mit einem Zuwachs der Exporte von 2,3 % im zweiten Quartal zu rechnen. Im zweiten Halbjahr verläuft die konjunkturelle Entwicklung in den USA, in den asiatischen Schwellenländern und im Euroraum voraussichtlich gebremster. Damit schwächt sich die Expansion des Welthandels etwas ab, auch der vom IFO INSTITUT berechnete Exportnachfrageindikator zeigt eine Verlangsamung der Dynamik an. Aufgrund des starken ersten Halbjahres legen die Exporte 2011 insgesamt dennoch um 9,1 % zu. Im Verlauf des Jahres 2012 führt die konjunkturelle Beschleunigung im Euroraum und in Asien (insbesondere in China) und das Wiederanziehen des Welthandels zu einer Belebung der Ausfuhren. Im Vorjahresvergleich dürfte sich der Zuwachs auf 6,6 % belaufen; die Exportdynamik normalisiert sich wieder.

Auch die Importkonjunktur erlebte nach dem ruhigeren zweiten Halbjahr 2010 eine Beschleunigung im ersten Quartal 2011. Dabei wurden vor allem Vorleistungsgüter aus dem Ausland nachgefragt; diese werden erfahrungsgemäß hauptsächlich für die Produktion von Exportwaren verwendet. Im Prognosezeitraum dürfte sich die lebhafte Binnenkonjunktur positiv auf die Importdynamik auswirken. So ist zu erwarten, dass die stark expandierenden Ausrüstungsinvestitionen zu verstärkter Nachfrage nach Maschinen und Fahrzeugen aus dem Ausland führen. Auch die Nachfrage nach ausländischen Konsumgütern dürfte sich nach und nach erhöhen. Insgesamt wird eine Steigerung der Einfuhren um jeweils 6,9 % in diesem und im kommenden Jahr erwartet. Der Außenbeitrag dürfte in diesem Jahr nochmals einen kräftigen Beitrag von 1,4 Prozentpunkten zum Zuwachs des Bruttoinlandsprodukts liefern, 2012 verringert sich der Beitrag auf 0,2 Prozentpunkte.

Unternehmen investieren stark in Ausrüstungsgüter

Im Jahr 2010 manifestierte sich eine lebhafte Nachfrage der Unternehmen in Deutschland nach Maschinen, Geräten und Fahrzeugen. Die Ausrüstungsinvestitionen legten im Jahresdurchschnitt um knapp 11 % zu. Damit wurde der Einbruch der Investitionsnachfrage in der Rezession aber nicht vollständig wettgemacht. Nach einer kräftigen Expansion im ersten Vierteljahr dieses Jahres hat die Nachfrage nach Ausrüstungen nun das Niveau

des Winters 2007 erreicht. Der Anstieg zu Jahresbeginn ist auch vor dem Hintergrund der ausgelaufenen Regelungen zur degressiven Abschreibung – die bis zum Jahresende 2010 galten – bemerkenswert. Bislang hat die Abschaffung dieser Abschreibungsmöglichkeit nicht zu einem Rückschlag bei der Investitionsnachfrage geführt.

Nach dem kräftigen Zuwachs der Ausrüstungsinvestitionen in den ersten drei Monaten 2011 dürfte die Entwicklung im Frühjahr etwas an Schwung verloren haben. Darauf deuten insbesondere die inländischen Auftrags-eingänge bei den Investitionsgüterherstellern hin. Die Entwicklungstendenz bleibt aber aufwärtsgerichtet und die Investitionstätigkeit dürfte im Jahresverlauf wieder mehr Fahrt aufnehmen. Neben der guten Ertragssituation der Unternehmen und der positiven inländischen und ausländischen Nachfrageentwicklung dürfte auch die durch die EZB eingeleitete Zinserhöhungspolitik dazu führen, dass Investitionsprojekte nun vermehrt in Angriff genommen werden.

Im Verlauf des nächsten Jahres dürfte sich das starke Investitionstempo etwas verlangsamen. Nach zwei Jahren mit enorm starken Zuwächsen kann diese Verlangsamung als ein Prozess der Normalisierung angesehen werden. Die weiterhin positive Investitionstendenz in 2012 wird getragen durch die gute globale Konjunktur sowie durch – trotz Zinserhöhungen – weiterhin günstige Finanzierungsbedingungen. Zudem verfügen die Unternehmen über beträchtliche Mittel zu Selbstfinanzierung von Investitionsprojekten. Daher dürften die Ausrüstungsinvestitionen nach einem starken Plus von knapp 15 % in 2011 nächstes Jahr weiter um fast 9 % zunehmen.

Kräftige Ausweitung der Wohnungsbauinvestitionen

Die Bauinvestitionen legten im Jahr 2010 um knapp 3 % zu. Gegen Ende des vergangenen Jahres wurde die Bautätigkeit jedoch durch den frühen Wintereinbruch erheblich behindert. Dagegen waren die witterungsbedingten Beeinträchtigungen im ersten Quartal 2011 deutlich geringer als zur gleichen Zeit des Vorjahres. Daher kam es bereits im ersten Vierteljahr zu einem erheblichen Nachholeffekt bei der Bautätigkeit. Der sehr starke Jahresanfang hat erhebliche Implikationen für die Prognose der Bauinvestitionen in 2011. Im Jahresdurchschnitt ist mit einem deutlich höheren Zuwachs zu rechnen als bislang. Allerdings besteht das nicht unerhebliche Risiko, dass sich in der Folge durch Revisionen das Bild für das erste Quartal ändert.

Die *Wohnungsbauinvestitionen* haben 2010 kräftig – um 4,3 % – zugenommen. In diesem Jahr dürfte sich die dynamische Entwicklung kaum abschwächen. Die Bauherren ließen sich im ersten Vierteljahr mehr Projekte ge-

nehmigen als im Vorquartal. Damit setzt sich die positive Tendenz bei Baugenehmigungen fort. Zudem hat der Auftragseingang im ersten Vierteljahr angezogen. Die günstige Entwicklung am Arbeitsmarkt sowie steigende Realeinkommen bilden den Rahmen für eine weiterhin anziehende Nachfrage nach Wohnungsbauinvestitionen. Auch profitiert der Wohnungsbau davon, dass er innerhalb Deutschlands als eine werterhaltende Kapitalanlageform gilt. Schließlich sind die Finanzierungsbedingungen derzeit günstig. Daher ist für 2011 mit einer Zunahme der Wohnungsbauinvestitionen um 4,0 % zu rechnen. Im kommenden Jahr dürfte sich die gute Wohnungsbaukonjunktur fortsetzen, wenn auch mit reduziertem Tempo, weil die Zinsen weiter anziehen. Daher geht der Zuwachs voraussichtlich auf einen immer noch hohen Wert von 3,1 % zurück.

Der *Wirtschaftsbau* hat in 2010 um 1,6 % expandiert. In 2011 wird sich die positive Tendenz voraussichtlich weiter beschleunigen. Darauf deutet hin, dass die Auftragseingänge zu Beginn des Jahres etwas zugelegt haben. Zudem sind die Finanzierungsbedingungen weiterhin günstig und die starke Zunahme der Ausrüstungsinvestitionen dürfte auch Bauprojekte nach sich ziehen. So haben sich insbesondere die Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes mehr Projekte im Bereich Fabrik- und Werkstattgebäude genehmigen lassen. Auch bei den Handels- und Lagergebäuden stiegen die Baugenehmigungen im ersten Vierteljahr 2011 an. Im kommenden Jahr wird sich die positive Entwicklung wohl fortsetzen, da die Ertragsperspektiven der Unternehmen günstig bleiben. Alles in allem dürften die Investitionen in Wirtschaftsbauten in 2011 um rund 3 % steigen und in 2012 nochmals um etwa denselben Wert zunehmen.

Die *öffentlichen Bauinvestitionen* sind in 2010 um 0,4 % gesunken. Allerdings ist dieser Rückgang wesentlich intersektoralen Grundstückstransaktionen geschuldet. Da der Staat verstärkt Grundstücke an den privaten Sektor verkaufte, sanken dadurch die Investitionen der öffentlichen Hand. Die durch den Staat ausgelöste Nachfrage nach Bautätigkeiten stieg dagegen in 2010 an. Mit dem Auslaufen der Konjunkturprogramme dürften die Bauinvestitionen der öffentlichen Hand in diesem Jahr sinken. Im kommenden Jahr dürfte sich die kommunale Haushaltslage verbessern. Dann wird sich die öffentliche Investitionsnachfrage auf niedrigerem Niveau stabilisieren. Wegen der schwachen Entwicklung in der zweiten Jahreshälfte 2010 bedeutet dies ein kräftiges Minus um reichlich 4 % für den Jahresdurchschnitt 2012. Dagegen fällt der Rückgang im Jahresdurchschnitt 2011 mit knapp 0,5 % aufgrund der äußerst positiven Entwicklung im ersten Quartal noch recht moderat aus.

Die *Bauinvestitionen insgesamt* werden – getragen durch die Wohnungsbauinvestitionen – in diesem Jahr voraussichtlich um etwa 3 % steigen. Nächstes Jahr verlangsamt sich das Expansionstempo etwas, und die Bauinvestitionen dürften im Jahresdurchschnitt um rund 2 % zulegen.

Privater Konsum steigt weiter

Im ersten Vierteljahr 2011 ist der reale private Konsum weiter gestiegen, wenngleich langsamer als zuvor. Zum Tempoverlust trug bei, dass die Masseneinkommen trotz zunehmender Beschäftigung und höherer Verdienste nach der Jahreswende real gesunken sind. Kaufkraftmindernd wirkten neben beschleunigt steigenden Preisen die Progression des Steuertarifs sowie die Anhebung der Beitragssätze zur Arbeitslosenversicherung und zur gesetzlichen Krankenversicherung. Zudem sind monetäre Sozialleistungen gesunken. Die Gewinn- und Vermögenseinkommen sind dagegen aufgrund der guten Konjunktur merklich gestiegen. In der Summe legten die real verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte um 0,4 % zu, bei unveränderter Sparquote entsprach diese Rate auch dem Zuwachs des realen Konsums.

Im zweiten Quartal dürfte der private Konsum saisonbereinigt nochmals an Fahrt verloren haben; dämpfend wirkte der neuerliche Höhenflug der Kraftstoffpreise. In der zweiten Jahreshälfte wird die Konsumkonjunktur dann aber wohl wieder etwas anziehen. Bei den Löhnen kommen die günstige Beschäftigungsentwicklung und die höheren Tarifabschlüsse mehr und mehr zum Tragen. Die entnommenen Gewinne und Vermögenseinkommen dürften saisonbereinigt recht kräftig steigen. Die monetären Sozialleistungen werden in realer Rechnung allerdings weiter sinken. Zum einen sind die Zahlungen für Arbeitslose konjunkturell weiter rückläufig. Zum anderen steigen zur Jahresmitte die Altersbezüge mit 0,99 % langsamer als die Inflationsrate. Bei im konjunkturellen Profil nahezu unveränderter Sparquote zeichnet sich für die realen privaten Konsumausgaben im Jahresverlauf 2011 ein Anstieg von 1,1 % ab. Aufgrund des aus dem Jahr 2010 herrührenden Überhangs in Höhe von 0,8 % ergibt sich in der Jahresdurchschnittsbetrachtung für den privaten Konsum eine Zunahme um 1,6 %.

Im nächsten Jahr wird sich die verhaltene Konsumkonjunktur voraussichtlich fortsetzen. Zwar dürften die Effektivverdienste pro Stunde wegen höherer Tarifabschlüsse und einer stärker positiven Lohndrift mit 3,4 % deutlich schneller als im laufenden Jahr steigen. Da das Arbeitsvolumen aber wohl nur noch um 0,7 % zunimmt, werden die Bruttolöhne und -gehälter in der Summe mit 4,0 % nicht stärker als im laufenden Jahr zu-

legen. Netto ergibt sich aufgrund der Steuerprogression ein deutlich geringerer Anstieg (3,4 %). Die monetären Sozialleistungen dürften im kommenden Jahr wieder zunehmen, wenn auch mit 0,8 % nur leicht. Zur Jahresmitte werden die Altersrenten auf der Basis der durchschnittlichen Bruttolohnentwicklung 2011 etwas stärker als im laufenden Jahr angepasst, in der ersten Jahreshälfte 2011 wirkt die diesjährige Rentenerhöhung nach. Die entnommenen Gewinne und Vermögenseinkommen werden allerdings voraussichtlich nicht mehr ganz so kräftig wie bisher steigen. Insgesamt dürften die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte um 3,0 % expandieren, real um 1,1 %. Bei leicht nachgebender Sparquote wird der reale private Konsum um 1,3 % steigen.

Kerninflation zieht an

Die Verbraucherpreise sind seit vergangenem Herbst deutlich gestiegen, im April hatte sich der Verbraucherpreisindex sogar mit einer laufenden Jahresrate um 3,5 % (Sechs-Monatsvergleich) erhöht. Im Juni fiel die Rate auf 2,4 % zurück; das Vorjahresniveau wurde wie schon im Mai um 2,3 % überschritten. Maßgeblich für die anhaltend hohe Rate im Vorjahresvergleich war einmal der neuerliche Höhenflug der Rohölpreise, in deren Gefolge Mineralölprodukte deutlich teurer wurden. Auch die Stromtarife zogen spürbar an, dazu hat auch die kräftige Anhebung der Umlage für erneuerbare Energien von 2,05 auf 3,53 Cent je Kilowattstunde beigetragen. Schließlich haben sich auch die der Ölpreisentwicklung mit Verzögerung folgenden Gaspreise und Umlagen für Fernwärme erhöht. Im Mai lagen die Preise für Energie (Haushaltsenergie und Kraftstoffe) um 9,5 % über dem vergleichbaren Vorjahresmonat. Die Kerninflationsrate, aus der in Abgrenzung des IFO INSTITUTS der Einfluss der Preisentwicklung von Energieträgern, Gütern mit administrierten Preisen und saisonabhängigen Nahrungsmitteln ausgeschlossen ist, zog im Gefolge der guten Konjunktur im Mai auf 1,6 % an, nachdem sie im Durchschnitt des vergangenen Jahres bei nur 0,7 % gelegen hatte. Hier machte sich vor allem die Verteuerung von Nahrungsmitteln (ohne Saisonwaren) bemerkbar. Ohne Nahrungsmittel gerechnet betrug die Inflationsrate für den verbleibenden Warenkorb, auf den 64,5 % aller Verbrauchsausgaben entfallen, im Mai 1,4 %. Auch in dieser Abgrenzung ist ein deutlicher Anstieg im Vergleich zum Vorjahresdurchschnitt zu konstatieren.

Im Prognosezeitraum dürfte der Verbraucherpreisanstieg kaum nachlassen. Zwar geht von Rohöl annahmegemäß kein neuer Preisdruck aus; nur die verzögert reagierenden Gas- und Fernwärmetarife sowie die Strompreise werden noch weiter steigen. Dafür ver-

stärkt sich aber der hausgemachte Preisauftrieb: Anziehende Lohnstückkosten dürften aufgrund der sich weiter bessernden Absatzlage an die Verbraucher weitergegeben werden. Zudem dürften die Unternehmen den aus der Rezession 2009 herrührenden Lohnstückkostenschub mehr und mehr überwälzen. Hinzu kommt die immer noch bestehende Finanznot vieler Gemeinden, die zu höheren Preisen und Gebühren für kommunale Dienstleistungen führt. Auch die Wohnungsmieten dürften etwas anziehen. Insgesamt werden die Verbraucherpreise im Durchschnitt des laufenden Jahres voraussichtlich um 2,4 % steigen. Im nächsten Jahr dürfte die Inflationsrate bei 2,1 % liegen. Bereinigt um den Einfluss von Energieträgern wird sie sich vor dem Hintergrund anziehender Lohnstückkosten von 1,5 % im Jahr 2010 auf voraussichtlich 2,3 % im Jahr 2011 spürbar beschleunigen.

Arbeitsmarktdynamik überschreitet den Hochpunkt

Der Arbeitsmarkt befindet sich derzeit im Boom. Der seit einem Jahr anhaltende Aufholprozess im Verarbeitenden Gewerbe hat zu einer deutlichen Zunahme der industriennahen Beschäftigung geführt. Dabei stieg insbesondere die Zahl der Leiharbeiter mit unvermindertem Tempo, so dass dort im März 160.000 Personen mehr beschäftigt waren als im Vorjahr. Allerdings profitieren auch die anderen Beschäftigungsformen mehr und mehr vom wirtschaftlichen Aufschwung, sodass die Bedeutung der Leiharbeit für den Anstieg der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung weiter abgenommen hat. Auch in anderen Branchen wie dem Baugewerbe, dem Handel oder dem Gesundheitswesen wurden vermehrt Arbeitsplätze geschaffen. Insgesamt werden in wachsendem Maße sozialversicherungspflichtige Vollzeitstellen entstehen.

Im Zuge der starken gesamtwirtschaftlichen Produktionsausweitung im ersten Quartal hat sich auch der Anstieg des Arbeitsvolumens fortgesetzt, und die Arbeitslosigkeit ist zurückgegangen. Zudem setzte sich der Rückgang bei der Zahl der Arbeitsuchenden fort, die nicht als Arbeitslose erfasst sind – dies sind vor allem Personen in unsicheren Erwerbsverhältnissen –, sodass deren Zahl im Mai um 345.000 unter dem Vorjahreswert lag. Allerdings hat sich der Anstieg bei der Zahl der offenen Stellen etwas verlangsamt. Zudem hat das ifo Beschäftigungsbarometer sein hohes Niveau zuletzt nicht halten können. Dies deutet darauf hin, dass der Beschäftigungsanstieg allmählich langsamer wird.

Da die Produktion im weiteren Jahresverlauf voraussichtlich schwächer ausgeweitet wird als im ersten Quartal, steigt das Arbeitsvolumen nicht mehr so schwungvoll wie zuletzt. Die durchschnittliche Arbeitszeit je Erwerbs-

tätigen dürfte sich weiter erhöhen, da im Zuge der steigenden Kapazitätsauslastung Überstunden angesammelt und Arbeitszeitkonten aufgefüllt werden. Zudem ist die Zahl der Kurzarbeiter aus konjunkturellen Gründen weiter rückläufig, und auch die Zahl der Minijobs geht voraussichtlich zurück.

Vor diesem Hintergrund wird die Zahl der Erwerbstätigen im Prognosezeitraum etwas langsamer steigen als das Arbeitsvolumen, und zwar um 490.000 Personen (1,2 %). Da sich der gegenwärtige Aufschwung maßgeblich aus einem Investitionsboom und einer kräftigen Exportkonjunktur speist, dürfte die Arbeitsnachfrage in der Industrie, im Transportwesen und in der Bauwirtschaft besonders hoch sein. Dort werden wohl in überwiegenderem Maße sozialversicherungspflichtige Vollzeitstellen entstehen. Im Zuge der Produktionsausweitung in der Industrie werden auch in der Leiharbeit weiterhin Arbeitsplätze entstehen. Insgesamt steigt die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung auch aufgrund des hohen Wertes zu Jahresbeginn im Jahresdurchschnitt voraussichtlich um 680.000 Personen.

Inwieweit sich der Arbeitsplatzaufbau in einem Rückgang der Arbeitslosigkeit niederschlägt, hängt von der Änderung des Arbeitskräfteangebots ab. Dem INSTITUT FÜR ARBEITSMARKT- UND BERUFSFORSCHUNG (IAB) folgend, wird ein Rückgang des Erwerbspersonenpotenzials im Jahr 2011 um rund 70.000 Personen veranschlagt. Dies folgt aus einer demographisch bedingten Verminderung des Erwerbspersonenpotenzials um 200.000 Personen, der eine Zunahme um 130.000 Personen gegenüber steht. Zum einen erhöht sich nämlich die Zuwanderung aus den neuen EU-Mitgliedstaaten, für die im Mai 2011 die Beschränkung der Arbeitnehmerfreizügigkeit endete, zum anderen dürften infolge der guten Beschäftigungsaussichten Personen mobilisiert werden, die bisher nicht dem Arbeitsmarkt zur Verfügung standen. Dennoch dürfte die Arbeitslosigkeit weniger stark zurückgehen, als es der Anstieg der Erwerbstätigkeit nahelegt, und zwar um 295.000 Personen. Dies liegt daran, dass nach Schätzungen des IAB aufgrund der guten Arbeitsmarktlage rund 200.000 Erwerbsfähige aus der Stillen Reserve auf den Arbeitsmarkt drängen.

Im kommenden Jahr wird sich die Zunahme des Arbeitsvolumens voraussichtlich etwas verlangsamen, da die Löhne infolge der guten Arbeitsmarktlage allmählich anziehen. Im Jahresdurchschnitt ergibt sich eine Zuwachsrate von 0,9 %. Entgegen dem langfristigen Trend dürfte die durchschnittliche Arbeitszeit auch im Jahr 2012 zulegen. Maßgeblich hierfür ist, dass weiter Überstunden angesammelt werden und auch im kommenden Jahr in überwiegenderem Maße Vollzeitstellen entstehen dürften. Aufgrund der geringeren Zahl an Arbeitstagen steigt die durchschnittliche Arbeitszeit dennoch lediglich

um 0,1 % (arbeitstäglich bereinigt 0,4 %). Die Zahl der Erwerbstätigen nimmt daher um 0,8 % (315.000 Personen) zu. Im Zuge des Beschäftigungsaufbaus dürfte die Zahl der registrierten Arbeitslosen um 260.000 sinken (vgl. Tab. 2).

Reallöhne im Plus

Die unter dem Eindruck der verbesserten Arbeitsmarktlage im Jahr 2010 ausgehandelten Tarifverträge enthielten teilweise bereits spürbare Lohnerhöhungen. Im ersten Quartal dieses Jahres lagen die Tariflöhne in der Folge um 1,7 % über dem Vorjahresniveau. Damit hat sich der Zuwachs etwas beschleunigt. Allerdings fiel der Effektivlohnanstieg deutlich geringer aus, da die Lohndrift auf Stundenbasis trotz der guten Arbeitsmarktlage noch negativ ausfiel. Dies dürfte zum Teil darauf zurückzuführen sein, dass Überstunden aufgebaut wurden. Eine Rolle spielte auch, dass die Zahl der Kurzarbeiter im Vorjahresvergleich weiter deutlich rückläufig war und Zuzahlungen zum Kurzarbeitergeld damit wegfielen.

Für den weiteren Jahresverlauf stehen einige Tarifloohnerhöhungen bereits fest. So zahlen die Unternehmen in der Chemischen Industrie 4,1 % mehr Lohn, Beschäftigte in der Bauwirtschaft erhalten 3,0 %, im Öffentlichen Dienst der Länder erhöhen sich die Löhne im Durchschnitt um rund 2,4 % und in der Metallindustrie erfolgt eine Stufenerhöhung um 2,7 %. Im Einzelhandel wurde zuletzt eine Tariflohnanhebung um 3 % vereinbart. Da allerdings der Vorjahreswert in einigen Bereichen durch Einmalzahlungen erhöht ist, ergibt sich für die gesamte Wirtschaft im Jahresdurchschnitt lediglich ein Anstieg um 2,0 %. Da aufgrund der hohen Arbeitsnachfrage außertarifliche Lohnbestandteile an Bedeutung gewinnen, steigen die Effektivlöhne (Bruttoverdienst je Arbeitnehmerstunde) dabei kräftiger, um 2,3 %.

Für das kommende Jahr ist mit einem etwas schnelleren Anstieg der Tariflöhne zu rechnen. So stehen unter anderem bereits Stufenerhöhungen im Baugewerbe (2,4 %) und im Öffentlichen Dienst der Länder (2,4 %) fest. Für die Beschäftigten in der Industrie dürften überdurchschnittliche Lohnerhöhungen ausgehandelt werden, sodass die Tariflöhne im kommenden Jahr mit 2,7 % in etwa so schnell ansteigen wie im Jahr 2008. Da die Vollzeitbeschäftigung voraussichtlich auch im kommenden Jahr spürbar ansteigt und vermehrt bezahlte Überstunden geleistet werden dürften, ist die Lohndrift dann deutlich positiv. Die Effektivlöhne werden im kommenden Jahr wohl um 3,4 % zulegen. Da die prognostizierte Lohnsteigerung ein Reflex der hohen Arbeitsnachfrage ist, dürfte es nicht zu einem Rückgang der Beschäftigung kommen.

Tabelle 2: Arbeitsmarktbilanz (Jahresdurchschnitte in 1.000 Personen)

	2008	2009	2010	2011	2012
Deutschland					
Arbeitsvolumen (Mill. Stunden)	57.450	55.985	57.467	58.417	58.937
Erwerbstätige Inländer	40.216	40.171	40.375	40.835	41.100
Arbeitnehmer	35.783	35.762	35.964	36.384	36.634
darunter:					
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	27.510	27.493	27.758	28.437	28.818
darunter:					
geförderte SV-pflichtige Beschäftigung ^a	240	268	242	172	142
Marginal Beschäftigte	5.897	5.935	5.889	5.779	5.736
darunter:					
Minijobs	4.866	4.904	4.885	4.870	4.880
1-Euro-Jobs ^b	291	279	262	166	114
Selbständige	4.433	4.409	4.411	4.451	4.466
darunter:					
geförderte Selbständige ^c	180	145	154	134	79
Pendlersaldo	60	100	115	145	195
Erwerbstätige Inland	40.276	40.271	40.490	40.980	41.295
Arbeitslose	3.258	3.415	3.238	2.944	2.683
Aktive Arbeitsmarktpolitik					
Teilnehmer § 46 SGB III	0	132	223	173	171
Trainingsmaßnahmen	81	39	2	0	0
Arbeitslosenquote ^d	7,8	8,1	7,7	7,0	6,4
Erwerbslose ^e	336	3.228	2.946	2.520	2.295
Erwerbslosenquote ^f	7,2	7,4	6,8	5,8	5,3
Kurzarbeit	102	1.144	502	132	72

a) Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, Strukturanpassungsmaßnahmen, Personal-Service Agenturen, Eingliederungszuschuss, Eingliederungszuschuss bei Vertretung, Eingliederungszuschuss bei Neugründung, Arbeitsentgeltzuschuss, Einstiegsgeld bei abhängiger Beschäftigung, Arbeitsgelegenheiten der Entgeltvariante, Beschäftigungszuschuss, Qualifizierungszuschuss für Jüngere, Eingliederungshilfen für Jüngere, Entgeltsicherung für Ältere. – b) Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung. – c) Gründungszuschüsse, Existenzgründungszuschüsse, Überbrückungsgeld und Einstiegsgeld. – d) Arbeitslose in % der zivilen Erwerbspersonen (Definition gemäß Bundesagentur für Arbeit). – e) Definition der ILO. – f) Erwerbslose in % der inländischen Erwerbspersonen (Erwerbstätige Inländer plus Arbeitslose).

Quellen: Statistisches Bundesamt, Bundesagentur für Arbeit; 2011 und 2012: Prognose des ifo Instituts.

Risiken der Prognose

Ein zentrales Risiko für die Prognose geht von der anhaltenden Schuldenkrise in der Peripherie des Euroraums hervor. So könnte eine deutlich schlechter als erwartete Konjunktur oder ein starker politischer Gegenwind in den betroffenen Ländern zu einem erheblichen Verfehlen der Sparziele führen. Dies könnte das Vertrauen in die Angemessenheit der anvisierten Konsolidierungsmaßnahmen sowie in die Zulänglichkeit der bereits beschlossenen Hilfspakete erschüttern. Als Ergebnis könnte es zu einem erneuten starken Anstieg der Verunsicherung an den europäischen Bondmärkten und damit zu weiteren Belastungen für das Bankensystem in vielen Ländern des Euroraums kommen. Eine besondere Gefahr stellt hier ein mögliches Überschwappen der Unsicherheit auf größere Mitglieder der Währungsunion wie Spanien, Belgien oder gar Italien dar und die damit einhergehenden beträchtlichen Eigenkapitalverluste für den Bankensektor im Euroraum. Sollten auch größere Länder wie Spanien oder Italien die finanzielle Hilfe der Europäischen Staatengemeinschaft und des INTERNATIONALEN WÄHRUNGSFONDS (IWF) ersuchen müssen, so ist damit zu rechnen, dass die bereits beschlossenen Rettungspakete nicht mehr ausreichen, um den Liquiditäts- und Finanzierungsbedarf aller betroffenen Länder zu decken. Ein mögliches Scheitern einer weiteren Aufstockung der Hilfspakete aufgrund starken politischen Widerstands in den Kernländern des Euroraums könnte eine ungeordnete Restrukturierung der öffentlichen Schuld in einem oder mehreren der Kri-

senländer erforderlich machen. Ein erneutes Abgleiten der Europäischen Währungsunion in die Rezession wäre in diesem Fall aufgrund der enormen Belastungen für das Bankensystem nicht auszuschließen.

Für Deutschland bestehen immense fiskalische Risiken. Sollte sich die Ansicht durchsetzen, dass die bisher durch Rettungspakete gestützten Länder die Last ihrer Verbindlichkeiten wirtschaftlich dauerhaft nicht schultern können, oder sollte sich erweisen, dass diese Länder politisch ins Chaos abzugleiten drohen, so ist mit einem teilweisen Schuldenverzicht der öffentlichen Gläubiger zu rechnen. Insbesondere für Griechenland ist dieses Szenario nicht auszuschließen. Da mittlerweile große Teile der griechischen Staatsschulden von der EU, dem IWF und der EZB gehalten werden und da die EZB darüber hinaus im Zuge ihrer Refinanzierungsgeschäfte mit den europäischen Geschäftsbanken erhebliche Risiken in ihre Bilanz genommen hat, für die letztlich die Steuerzahler aufkommen müssen, könnten die Staatsschulden Deutschlands merklich ansteigen. Dies könnte höhere Risikoprämien für deutsche Staatsanleihen nach sich ziehen und damit die Finanzierungskosten öffentlicher Schuldner in Deutschland erhöhen. Zudem würde die Rückführung der Staatsschuldenquote zusätzliche Konsolidierungsbemühungen erfordern, die den Aufschwung bremsen.

¹ Gekürzte Fassung der ifo Konjunkturprognose vom Juni 2011. Vgl. K. Carstensen, W. Nierhaus, et al., ifo Konjunkturprognose 011/2012: Aufschwung geht langsamer voran, in: ifo Schnelldienst, 13/2011, 64. Jg., S. 16–62.